

Courage bekommen haben, niemandem gleichgültig sein, ob und wann die Regierenden dieses ABC fehlerfrei beherrschen. Die Auseinandersetzung um die Fortsetzung der Entspannung und die Nutzung ihrer Chancen — insbesondere den Übergang zur militärischen Entspannung, zur Abrüstung — erfordert 1976 nicht anders als 1972 die breiteste Mobilisierung *aller* Entspannungsbefürworter. Denn Entspannung ist keinesweg „nur ein Wort“.

Karl D. Bredthauer

Kanadas Entwicklung im Schatten der USA

Es hat seine besondere Bedeutung, daß Präsident Ford den Beginn des Jahres 1976, des Jahres des 200jährigen Jubiläums der Vereinigten Staaten, zum Anlaß nahm, eine neuerliche Rechtsverschiebung in der amerikanischen Politik anzukündigen. Der Präsident unternahm damit in seinem Bericht zur Lage der Nation offensichtlich den Versuch, seine neue Politik, die er den „neuen Realismus“ nennt, mit dem zu verbinden, was die amerikanische Revolution von 1776 für ihn bedeutet — die Abwehr übermäßiger staatlicher Einmischung in die sozialen und ökonomischen Angelegenheiten der Bürger.

In den 60er Jahren hatte Lyndon Johnson versucht, eine „Kanonen-und-Butter“-Wirtschaft in Roosevelt-Keynescher Tradition zu gestalten. Fords letzte Äußerungen sowie sein Budget, das Verteidigungsausgaben in der Rekordhöhe von mehr als 100 Mrd. US-Dollar vorsieht, lassen den Schluß zu, daß er lediglich die „Kanonen-Wirtschaft“ will. Rekordsummen für Rüstung, Etatkürzungen in allen anderen Bereichen deuten auf eine fortgesetzte und potentiell wachsende Aggressivität der USA in der Weltpolitik hin.

Diese Annahme wird zusätzlich erhärtet, wenn man die Verhärtung im Auftreten der USA in der UNO, die Drohungen des Außenministeriums, die Lebensmittelhilfe an die Länder einzustellen, die in der UNO gegen die USA stimmen, Kissingers Angolapolitik oder die Erwärmung in den Beziehungen zwischen den USA und Südafrika bedenkt. In der gleichen Richtung läuft auch die immer umfassendere Kampagne gegen die Entspannung, die neuerdings darin gipfelte, daß Ford in einer Wahlkampfrede ausdrücklich Abstand vom Begriff Entspannung nahm.

Welche Bedeutung hat nun dies für Kanada, den nächsten Nachbarn und Verbündeten und größten Handelspartner der Vereinigten Staaten? Dienen die Vereinigten Staaten immer noch als Entwicklungsmodell für Kanada?

Traditionell steht Kanada unter dem überwältigenden Einfluß der USA, und dies gilt heute nach wie vor. Die Politik Nixons nachäffend, reagierte die kanadische Regierung auf die gegenwärtige Wirtschaftskrise mit Lohn- und Preiskontrollen. Ähnlich wie Ford hat Premierminister Trudeau versucht, die wie auch in den USA als Feind Nummer eins bezeichnete Inflation durch steigende Arbeitslosigkeit, staatliche Lohnvorgaben und die Kürzung der Sozialleistungen, also auf Kosten der Bevölkerung, zu bändigen.

Verhält sich Kanada also nach wie vor den Vereinigten Staaten gegenüber als unterwürfiger Juniorpartner, wie es im Verhältnis zwischen den beiden Ländern traditionell der Fall war? So einfach ist es nicht mehr, denn ein neuer politischer Faktor beginnt das traditionelle Verhältnis zunehmend in Frage zu stellen — der kanadische Nationalismus. Zwar hat der kanadische Nationalismus schon immer eine Rolle in den US-kanadischen Beziehungen gespielt, aber erst neuerdings ist er zu einem Hauptfaktor kanadischer Politik geworden.

Die US-Regierung hat diese Entwicklung auch klar erkannt und ihre bisherige, durch Lässigkeit und Unwissenheit in kanadischen Angelegenheiten gekennzeichnete Haltung zugunsten einer zunehmenden Expertise rasch aufgegeben. Dies zeigt sich in der Einrichtung von Forschungs- und Studienprogrammen über Kanada an vielen amerikanischen Universitäten wie auch in dem vom Council of Foreign Relations (dem Gremium, das die Außenpolitik der USA eigentlich gestaltet und dem alle Außenminister der USA einschließlich Kissinger angehört haben bzw. angehören) herausgegebenen Buch „Canada and the American Presence“ von J. S. Dickey. Der Autor weist auf den wachsenden kanadischen Nationalismus hin und spricht die Warnung aus, daß die bisherigen Selbstverständlichkeiten in den US-kanadischen Beziehungen nicht mehr gälten.

Der wachsende Nationalismus in Kanada hat zu einem Rollentausch zwischen den beiden führenden Parteien auf Bundesebene geführt. Auf der rechten Seite des politischen Spektrums stand traditionell die Progressive Conservative Party; dennoch erwies sie sich mit ihren Forderungen als weniger konservativ denn die Liberale Partei. Und als die Konservativen an der Macht waren (allerdings nur während insgesamt 12 der letzten 70 Jahre), setzten sie sich für eine auf nationale Interessen gerichtete Gesetzgebung in Form von Verstaatlichungen und Errichtung staatlicher Unternehmen wie der Canadian Broadcasting Corporation und der staatlichen Luftfahrtgesellschaft ein. Nicht zuletzt die Angst vor amerikanischer Beherrschung hat die Konservativen zu dieser nationalen Politik bewogen. Es überrascht also nicht, daß die Konservative Partei meistens nationalistischer (zwar im konservativen Sinne des Wortes) gewesen ist als die Liberale Partei, die meist eine anti-nationalistische und proamerikanische Position eingenommen hat (weswegen

sie auch häufig als Partei des Ausverkaufs bezeichnet wird).

Viele Schritte der Liberalen Partei weisen sie nunmehr als nationalistisch aus: 1975 wurde der Foreign Review Act verabschiedet, der die Zustimmung des Kabinetts für die Übernahme eines einheimischen Unternehmens durch eine ausländische Firma erforderlich macht. Die liberale Regierung hat Auflagen über kanadische Inhalte im Rundfunk und Fernsehen durchgesetzt und Schritte gegen das Kabelfernsehen unternommen, die letztlich die Kanadier vor einer zunehmenden Berieselung durch amerikanische Werbung schützen sollen (dagegen hat Kissinger selbst protestiert). Ebenfalls im Bereich der Massenmedien hat die Regierung Gesetze verabschiedet, die eine kanadische Ausgabe von „Time Magazine“ verhindern.

Auf der anderen Seite haben die Konservativen die Anschauungen und die Rhetorik von Ford und seinem Herausforderer Ronald Reagan gegen eine aktive Rolle des Staates in Wirtschaft und Gesellschaft aufgegriffen und sich vielen nationalen Vorstößen der Liberalen entgegengestellt.

In seiner Neujahrsansprache gab Premierminister Trudeau bekannt, wie weit er und seine Partei vom amerikanischen Modell abzuweichen gedenken. Er stellte fest, daß „das System der freien Marktwirtschaft nicht mehr“ funktioniere, und schloß daraus, daß „mehr Staat“ nötig sei, um die Lücken zu stopfen, die von der ins Stocken geratenen Wirtschaft aufgerissen worden sind. Der Gegensatz zu Fords Aussagen ist eindeutig. Obwohl die Rechte gegen seine Äußerungen (bemerkenswerterweise jedoch nicht gegen seine Lohnrichtlinien) heftig protestierte, rückte er von seinen Vorstellungen über die Notwendigkeit zunehmender Wirtschaftslenkung durch den Staat nicht ab. Gleichwohl ließ er sich das Geständnis abringen, daß er keineswegs

die Absicht hege, das System der freien Marktwirtschaft abzuschaffen.

Mit seinem Plan für ein gelenktes Wirtschaftssystem will Trudeau eine „neue Gesellschaft“ schaffen. Einige Beobachter sind der Meinung, er bewege sich in Richtung der schwedischen Sozialdemokratie, während andere, insbesondere in der Arbeiterbewegung, in diesem Plan die Gefahr einer autoritären Entwicklung sehen. Wie dem auch sei, die bisherige Regierungspolitik läßt klar erkennen, daß die Trudeau-Regierung in der Außen- und Wirtschaftspolitik andere Wege geht als die USA. Orientieren sich die liberalen Politiker an irgendeinem Modell, dann wohl eher an dem japanischen oder bundesrepublikanischen Beispiel.

Hauptzweck der jüngsten diplomatischen Vorstöße der kanadischen Regierung ist es, die ökonomische Abhängigkeit Kanadas von den Vereinigten Staaten zu lockern. Bei den Staatsbesuchen des Außenministers MacEachern im Nahen Osten ging es hauptsächlich um Handelsgeschäfte (im Iran beispielsweise versuchte er Kommunikationssysteme zu verkaufen). Von weitaus größerer Wichtigkeit waren die Staatsbesuche Trudeaus in Lateinamerika, der als erster kanadischer Premierminister überhaupt jene Länder besuchte. Zuvor hatte der kanadische Staat überhaupt nicht versucht, in diese Domäne US-amerikanischer Interessen vorzupreschen. Seine Reise brachte ihn nach Mexiko, Venezuela und Kuba, und auch hier ging es hauptsächlich um eine Ausdehnung des Handels. Die Mexikaner und Venezolaner (bei den letzteren hat Kanada ein großes Ölhandelsdefizit) wollte er dazu bewegen, mehr kanadische Produkte von hoher technologischer Qualität wie Flugzeuge und Lokomotiven zu kaufen. Sein Staatsbesuch in Kuba diente der Festigung des schon florierenden Handels zwischen den beiden Ländern. In den kanadisch-kubanischen Beziehungen tritt der Gegensatz Kanadas zur US-Politik am deutlichsten hervor, zumal

Neuerscheinungen

Udo Mayer/Gerhard Stuby (Hrsg.)

Die Entstehung des Grundgesetzes

Beiträge und Dokumente

Kleine Bibliothek Bd. 66

338 Seiten, DM 14,80

Weitere Beiträge von B. Gromoll und W. Leschmann sowie 30 Dokumente

Der Schwerpunkt dieses Sammelbandes liegt auf der historischen Aufarbeitung der Beratungen des Parlamentarischen Rates zu den verfassungsrechtlichen Schlüsselfragen.

Schutz oder Beugung der Verfassung?

Mit Beiträgen von W. Abendroth /

A. Azzola / K. Böwer / K. Grimmer /

H. Hannover / W. Krause / H. Mertens /

N. Paech / W. Piepenstock / P. Römer /

I. Staff / H. Stein / R. Utikal /

M. Kutscha / G. Stuby / R. Wahsner.

Hefte zu politischen

Gegenwartsfragen 25

95 Seiten, Doppelband DM 6,—

Stellungnahmen von Juristen zur Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 6. Februar 1975 und zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 22. Mai 1975 in Sachen Berufsverbot.

Deutschland im zweiten Weltkrieg

Vier Bände, Je Band DM 42,—, Leinen mit farbigem Schutzumschlag, Großformat.

Band 2: Vom Überfall auf die Sowjetunion bis zur Gegenoffensive bei Stalingrad, 616 Seiten.

(Bd. 1 *Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis zum 22. Juni 1941* lieferbar)

B. M. Kedrow

Klassifizierung der Wissenschaften

Zwei Bände

Band 1: Vormarxistische Konzeptionen

517 Seiten, Leinen mit Schutzumschlag, DM 17,80

(Bd. 2 erscheint Ende 1976)

Jutta Menschik (Hrsg.)

Grundlagentexte zur Emanzipation der Frau

Texte von Clara Zetkin, Lily Braun, August Bebel, Alexandra Kollontay, Betty Friedan, Alva Myrdal, Simone de Beauvoir, Kate Millet, Shulamith Firestone, Mariarosa della Costa, Anne Koedt.

Kleine Bibliothek Bd. 61

424 Seiten, DM 9,80

Pahl-Rugenstein

die USA sich immer noch weigern, diplomatische Beziehungen mit Kuba aufzunehmen.

Die Rolle des Staates in der Wirtschaft nimmt ständig zu. Indem die Regierung die Steuerprivilegien des „Time Magazine“ zurücknahm und somit diese Zeitschrift des Feldes (eigentlich des Landes) verwies, sicherte sie dem riesigen Verlagskonzern MacLean-Hunter praktisch ein Monopol auf diesem Gebiet. Vor kurzem ist die staatliche Ölgesellschaft Petro-Canada ins Leben gerufen worden, deren Tätigkeitsfeld über die Extraktion und Verarbeitung des Rohöls hinaus auf Verteilung und Verkauf der Ölprodukte selbst ausgedehnt werden soll. Kurz davor errichtete die Regierung die Canadian Development Corporation (Kanadische Entwicklungsgesellschaft). Ausgestattet mit mehreren Mrd. Dollar, soll diese Gesellschaft versuchen, mehrere Unternehmen der extraktiven Industrie von den Amerikanern zurückzukaufen. Und z. Z. gedenkt die Regierung, die amerikanische Gesellschaft Canadair Incorporated zu kaufen, um eine einheitliche staatliche Luftfahrtindustrie zu schaffen. Damit knüpft die liberale Regierung an eine alte, von der amerikanischen Entwicklung deutlich abweichende Tradition der kanadischen Wirtschaftsgeschichte an, zumal in Kanada die großen Projekte — Eisenbahnen, Luftfahrt, Rundfunk und Fernsehen — sämtlich von Staatsgesellschaften und nicht von der Privatwirtschaft wie in den USA durchgeführt worden sind.

Mit dieser Politik nehmen die Gefahren für Kanada zu, weil die immer häufiger werdenden Initiativen zur Wahrung der nationalen Souveränität und zur Entwicklung einer unabhängigen Außen- und Wirtschaftspolitik in zunehmenden Gegensatz zu US-amerikanischen Interessen geraten. Die „New York Times“ hat richtig erkannt, daß das Ziel der „dritten Option“ sowie der Staatsbesuche Trudeaus in Südamerika ein Abbau der ökonomischen Abhän-

gigkeit Kanadas von den USA ist. Und solche Schritte stoßen auf wachsende Feindseligkeit in den Vereinigten Staaten. Zum Beispiel gaben die Amerikaner ihre ablehnende Haltung ganz deutlich zu erkennen, als bekannt wurde, daß zwischen Kanada und der Europäischen Gemeinschaft eine Vereinbarung getroffen werden soll (formale Verhandlungen beginnen im März), die Kanada den Status eines meistbegünstigten Landes einräumen und die ökonomische Zusammenarbeit zwischen Kanada und der EG vorantreiben würde. Damit hätte die EG zum erstenmal derartige Beziehungen zu einem hochentwickelten Lande.

Anfang 1976 wurde dem US-Senat ein Bericht vorgelegt, demzufolge es 32 Anlässe zu ernsthaften Auseinandersetzungen zwischen den beiden Ländern gebe. Daraufhin wurde ein Untersuchungsausschuß ins Leben gerufen, der kanadische Beamte als Zeugen vorlud. Trudeau aber untersagte es den kanadischen Beamten, vor dem Ausschuß auszusagen — mit der Bemerkung, Kanada sei „keine Kolonie der USA“. Die Streitigkeiten wurden nochmals angeheizt, als Saskatchewan die Verstaatlichung der Kalibergwerke (die größtenteils US-Eigentum waren) bekanntgab. Dieser Schritt stieß in den Vereinigten Staaten auf weitverbreitete Ablehnung, weil die USA den größten Teil ihrer Kalidüngermittel aus Saskatchewan importieren.

In Zukunft wird Kanada sehr überlegt taktieren müssen, will es einerseits seinen Kurs auf Unabhängigkeit fortsetzen, andererseits jedoch die Vereinigten Staaten nicht unnütz und übermäßig provozieren. Auf die Gefahren einer Provoizierung der USA braucht man hier nicht einzugehen, zumal die Vereinigten Staaten niemals gezögert haben, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einschließlich Kanadas entweder offen oder versteckt einzumischen.

Michael Sotiron, Outremont (Kanada)